

Internationale Rundschau

Amerikanische Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Gerald Ford

Der neue Präsident erbt von seinem Vorgänger eine wirtschaftliche Krisensituation, bestehend aus einer „zweistelligen“ Inflation und einer wachsenden Rezession. Aber *Gerald Ford* teilt die konservative Wirtschaftsphilosophie seines Vorgängers *Nixon*: eine Philosophie des Treibenlassens, welche den wirtschaftlich stärksten Gruppen zugute kommt, und die dahin tendiert, mit halben Maßnahmen auf unhaltbar gewordene Zustände zu reagieren, anstatt sichtbaren Tendenzen vorbeugend zu begegnen. „Zu wenig, zu spät“ — so könnte man diese Einstellung definieren.

Das Szenario der Nixonkrise von 1970 wiederholt sich, nur diesmal in erheblich verschärftem Ausmaß. Wieder schließt man die Augen vor der Wirklichkeit: Zu Anfang des Jahres, also bereits nach dem Ausbruch der Ölkrise, sprach die offizielle Prognose von einer Senkung der Inflationsrate von 9 auf 5 vH; inzwischen ist diese auf über 12 vH gestiegen. Ähnlich weigerte man sich bis in den November hinein, von einer Rezession zu sprechen, obwohl das reale GNP (Gesamt-Nationalprodukt), der dafür allgemein akzeptierte grobe Maßstab, nun schon im dritten Quartal einen Rückgang zeigt, der 3vH erreicht hat.

So glaubt man denn auch, der Krise mit Public-Relation-Methoden begegnen zu können. Man veranstaltet eine wirtschaftliche „Gipfelkonferenz“ ohne Vollmachten und ohne echte Debatte. Darauf folgt ein groß angekündigtes Regierungsprogramm, dessen Clou die Einführung eines mit Hohngelächter aufgenommenen Propagandaknopfes „WIN“ als Symbol der persönlichen Teilnahme am Kreuzzug gegen die Inflation bildete. Das Programm selbst entpuppte sich als eine Sammlung halber Maßnahmen: ein bißchen Defla-

tion durch Budgetabstriche und gewisse Steuerzuschläge; ein bißchen Expansion durch Steuerkredite für Investitionen, Hypothekenkredite und eine schwächliche Geste in Richtung Arbeitsbeschaffung. Von allen Seiten kritisiert, wurde das Programm bereits nach wenigen Wochen teilweise fallengelassen, noch ehe es in Gesetzesform einem von den Demokraten beherrschten Kongreß unterbreitet wurde.

Das konservative Wirtschaftsdenken versteht nicht, daß die gegenwärtige Inflation nicht auf eine Konjunkturüberhitzung bei Vollproduktion zurückzuführen ist, sondern vielmehr, wie schon die „Stagflation“ von 1970, darauf beruht, daß die verstärkte Macht der großen Industrieunternehmen (und nun dazu noch der ölproduzierenden Länder) ihnen selbst angesichts einer rückläufigen Konjunktur ein Hinauftreiben der Preise gestattet. Das gilt vor allem für die Grundstoff- und Kapitalgüter-Industrien, deren Gewinne noch immer steigen, während bei den konsumnahen Industrien hier inzwischen eine rückläufige Entwicklung eingesetzt hat. Diese in den letzten Jahrzehnten beschleunigte Macht- und Kapitalkonzentration hat die korrigierende Funktion des Marktes weitgehend ausgeschaltet. In die gleiche Richtung wirken auch noch andere strukturelle Veränderungen in der hochentwickelten Industriegesellschaft: die Verschiebung der Beschäftigung von der Warenproduktion auf die arbeitsintensiveren Dienstgewerbe; der mit zunehmender Mechanisierung und Organisation von Produktion und Verteilung steigende Anteil der fixen Kosten, wozu noch die erhöhten Ausgaben zur Verzinsung einer enorm angestiegenen Schuldenlast kommen. Die private Verschuldung hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, nicht zuletzt dank der auf die Stagnation von 1970/71 folgenden spekulativen Hausse. Die Business-Verschuldung hat mit über 1 Billion fast die Höhe des GNP erreicht, die der Konsumenten 93 vH des verfügbaren Einkommens; bei den Banken stiegen die Darlehen und Kredite auf 75 vH ihrer Einlagen. Diese übermäßige Schuldenlast erhöht die Anfälligkeit im

Fall einer stärkeren rückläufigen Konjunkturentwicklung und könnte zu deren gefährlicher Eskalierung führen.

Noch hält sich die Rezession, die Ende 1973 einsetzte, in relativ engen Grenzen. Die Industrieproduktion fiel um etwa 2 vH (nach einer zeitweiligen Erholung von ihrem durch die Ölkrise hervorgerufenen Tiefstand im 1. Quartal); die Arbeitslosigkeit stieg in einem Jahr um über 1,5 Millionen, ihre offizielle Rate von fast 5 auf über 6 vH; in vielen Orten liegt sie bereits zwischen 7 und 9 vH. Dabei sind die „entmutigten“ Arbeitslosen nicht mitgezählt, welche die Arbeitssuche aufgegeben haben. Besonders stark sind die Dauergrüter betroffen: Die Produktion von Automobilen, Haushaltapparaten, Fernsehgeräten sank bereits um 10 bis 11 vH, der Wohnbau um 40 vH. Die Ausgaben für Kapitalgüter werden zurückgeschraubt oder verschoben — in der Elektrizitätsgewinnung allein um über 3 Milliarden. Die Umsätze im Einzelhandel stagnieren; mengenmäßig gingen sie nach Abrechnung der Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahr um etwa 5 vH zurück. Das Bild wäre noch trüber, hätten die Verbraucher nicht ihre Ersparnisse angegriffen; die Sparrate sank von 7 auf 6 vH. Das Tempo des Konjunkturrückgangs beschleunigt sich neuerdings. Ab Mitte Oktober wurden in wenigen Wochen allein in der Automobilindustrie über 60 000 Arbeiter entlassen und eine scharfe Einschränkung ihres technischen Büropersonals eingeleitet. Die Rezession macht sich allmählich auch in den bisher mit Vollkapazität arbeitenden Grundstoffindustrien bemerkbar; zunächst bei Textil, Holz, Papier, einem Teil der chemischen Industrie. Insgesamt fiel die Kapazitätsausnutzung auf unter 80 vH. Mit der Verkürzung der Lieferfristen hat ein Abbau der Lagervorräte eingesetzt, der zu weiteren Produktionseinschränkungen führen wird.

Außerhalb der Regierung rechnet man bereits damit, daß die gegenwärtige Rezession an Umfang und Dauer die bisher schwerste Nachkriegskrise von 1957/58 (9 Monate, 7,5 vH Arbeitslosigkeit) übertref-

fen wird. Vor dem Herbst 1975 erwartet man keine Besserung und befürchtet eine Arbeitslosigkeit von 8 bis 10 vH, das bedeutet 8 bis 10 Millionen Menschen. Damit steigt in der Bevölkerung die Angst, die Rezession werde sich wie in den dreißiger Jahren zu einer vollen Depression auswachsen. Die Erinnerung daran liegt dem amerikanischen Volk kollektiv ebenso in den Gliedern wie dem deutschen an die große Inflation. In der Tat ist es fraglich, wie weit ein aufgeblähtes, auf ständiges Wachstum ausgerichtetes, ja angewiesenes System den zu erwartenden Stößen gewachsen sein wird.

Hier kann man allerdings auf Bremsfaktoren hinweisen, die in der Zeit der Großen Depression nicht existierten. Zunächst in der *Struktur* der Wirtschaft selbst: Der gegen Konjunkturschwankungen weniger empfindliche Sektor der Organisation, Kommunikation, Erziehung und andere Dienstleistungen ist heute größer als der der eigentlichen Produktion. Von dieser Seite her ist ein geringeres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu erwarten; im öffentlichen Dienst gar gäbe es Möglichkeiten zusätzlichen Arbeitseinsatzes. Dasselbe gilt für Gebiete wie Umweltschutz und -Verbesserung. Außerdem gibt es heute die zahlreichen vom *New Deal* geschaffenen oder verbesserten *Institutionen*: Minimallöhne; staatliche Arbeitslosenunterstützung, Alters- und Invalidenrente; partielle Krankenversicherung; Versicherung der Bank- und Sparkonten; Kontrolle des Bank- und Börsenwesens; Agrarsubventionen; stärkere Gewerkschaften. Letztere verhindern nicht nur einen Abbau der Löhne, sondern erreichten in manchen Großindustrien die Ergänzung von Arbeitslosenunterstützung und Altersrenten aus dafür geschaffenen Fonds der Privatfirmen. (So können die entlassenen Automobilarbeiter etwa ein Jahr lang mit einer Gesamtunterstützung in Höhe von etwa 95 vH ihres letzten Lohneinkommens rechnen.)

Schließlich sind heute weder die Zusammenbrüche größerer Unternehmen noch die Zunahme der Arbeitslosigkeit über ein bestimmtes Maß hinaus *politisch* tragbar.

Fords Wirtschaftsberater mögen noch so kaltblütig zur Bewältigung der Inflation eine steigende Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen; der Politiker Ford wird sich das angesichts der herannahenden Präsidentenwahl von 1976 nicht leisten können. So griff die Regierung bereits beim Zusammenbruch der *Franklin National Bank* mit anderthalb Milliarden stützend ein. Ebenso wird spätestens eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH ein umfangreicheres Arbeitsbeschaffungsprogramm ins Leben rufen — wenn nicht durch die Regierung, dann auf Betreiben des Kongresses. Dessen demokratische Mehrheit hat sich in den soeben stattgefundenen Wahlen bis zu einer Zweidrittelmehrheit verstärkt. Die Regierung wird die 'dabei zum Ausdruck gekommene Volksstimmung nicht unbeachtet lassen können. Es wird ihr schwerfallen, mit der Lockerung der bestehenden Maßnahmen zum Umweltschutz fortzufahren. Zumindest in der Sozialgesetzgebung — etwa Arbeitsbeschaffung, Steuerreform, Krankenversicherung — wird dieser Kongreß auch ein etwaiges präsidentielles Veto überstimmen können. Aber grundlegendere Reformen, die vor allem durch das eklatante Versagen eines auf unbegrenztes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftssystems und durch die Verfilzung von staatlicher und Unternehmer-Bürokratie auf die politische Tagesordnung gestellt werden, können al-

lenfalls erst von einem demokratischen Präsidenten in Angriff genommen werden.

In dem nun einsetzenden Wettbewerb um die Kandidatenauswahl in der demokratischen Partei ist die Rolle der Gewerkschaften nicht einheitlich. Die offizielle Führung der AFL-CIO unterstützt Senator *Jackson*, den Kandidaten des rechten Flügels; viele Einzelgewerkschaften, vor allem die UAW und die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten, neigen zu den fortschrittlicheren Anwärtern.

Es ist kein Zufall, daß in dieser Darstellung die Beziehungen zu anderen Ländern, von den ölproduzierenden Staaten abgesehen, unerörtert bleiben. Diese nehmen in der Tat in der amerikanischen Wirtschaft eine untergeordnete Stellung ein. (Eine Ausnahme bildete die enorme Verteuerung der Getreidepreise durch die großzügigen Getreideverkäufe an die Sowjetunion.) Das hindert freilich nicht daran, daß eine Vertiefung der Wirtschaftskrise in Amerika anderwärts schwere Erschütterungen zur Folge haben könnte, besonders in den auf den Fertigwaren-Export nach den Vereinigten Staaten angewiesenen Ländern, die dann indirekt wieder auf die amerikanische Konjunktur zurückwirken würden.

George Günther Eckstein